



# info

# Kompakt

## GEW-Landesvorsitzende, Ayla Çelik, fordert am 1. Mai 2023 "Bildungs- und Chancengerechtigkeit"!



## DGB Gewerkschaften unterstützen „Ruhr-Appell Kommunal Finanzen für die Würde der Städte und der Menschen!“

1. Wir fordern die Landesregierung NRW und die Bundesregierung auf, in gemeinsamer Verantwortung die Altschulden der Kommunen zu übernehmen.
2. Der Bund wird aufgefordert, zur Wahrung gleicher Lebensverhältnisse die sozialen Transferkosten komplett zu übernehmen. Das Land NRW wird aufgefordert, den überdurchschnittlichen Kommunalisierungsgrad der Sozialkostenverantwortung zu senken, um diese Ursache der strukturellen Defizite der Kommunalhaushalte auszuräumen.
3. Die aus dem Strukturwandel resultierenden niedrigeren Erträge aus Gewerbesteuer und Einkommensteueranteil sollen über das System der Schlüsselzuweisungen des Landes kompensiert werden.

Der Strukturwandel des Ruhrgebiets und vieler weiterer Städte hat bis zur Schließung der letzten Steinkohlenzeche im Jahre 2018 enorme Verluste an Arbeitsplätzen und Wertschöpfung gekostet und damit die finanziellen Grundlagen dieser Städte belastet. Allein im Ruhrgebiet haben 500.000 Bergleute untertage qualifizierte und gut bezahlte Arbeit geleistet. Auch in der Stahl- und Textilindustrie sind hunderttausende Arbeitsplätze verloren gegangen.

Die Region hat in den vergangenen Jahren große wirtschaftliche und arbeitsmarktpolitische Erfolge erzielt. Dennoch sind die langjährigen Folgen des Strukturwandels eine überdurchschnittliche Langzeitarbeitslosigkeit und jahrelange massive Haushaltsdefizite. Deshalb sind auch über Jahrzehnte Investitionen in den Unterhalt von Gebäuden, Kanälen, Brücken und Straßen unterblieben. Die soziale, kulturelle, schulische und sportliche Infrastruktur ist in Mitleidenschaft gezogen.

Die Städte brauchen die erforderlichen finanziellen Voraussetzungen, um eine intensiviertere Dynamik zur Entfaltung der endogenen wirtschaftlichen Potentiale und Verbesserung der Chancen für Kinder und Jugendliche entwickeln zu können.





## GEW-Info – Faire Bezahlung für Fachlehrer\*innen

Die Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe hat ein gutes Info zum Thema der besseren Bezahlung der Fachlehrkräfte in Förderschulen als Schulmail an die Schulen gesendet. Die GEW-Fachgruppe macht hier noch einmal deutlich, dass es eine immer größere Ungerechtigkeit in der Bezahlung gibt. Sie informiert darüber, dass die GEW NRW sich aktiv für eine bessere Bezahlung einsetzt, z. B. mit dem Rechtsgutachten in 2020, den aktuellen Stellungnahmen zum Haushalt sowie dem A13-Gesetz und in den anstehenden Tarifverhandlungen.



<https://kurzelinks.de/bje5>



## Alarmierende COPSOQ - Ergebnisse

Das Schulministerium antwortet auf die Anfrage der SPD-Landtagsfraktion und übersendet den Mitgliedern des Ausschusses für Bildung einen Bericht zum Thema „COPSOQ I + COPSOQ II - alarmierende Ergebnisse bei der Erhebung der psychosozialen Belastungszustände der Lehrkräfte in NRW. Was tut die Landesregierung, um endlich wirksame Maßnahmen gegen die psychosoziale Überbelastung der Lehrkräfte einzuleiten?“.

Das Schulministerium sieht vor allem die Schulen vor Ort und dort die Schulleitungen in der Pflicht, die möglichen notwendigen Maßnahmen umzusetzen. Es ist der Auffassung, dass die Ergebnisse nicht auf alle Schulen gleich übertragbar seien und sie mit ihren Maßnahmen auch die notwendigen Schritte eingeleitet hätten. Dazu gehöre u. a. die Maßnahmen, die der betriebsärztliche Dienst mit verschiedenen Modulen umsetzt wie auch ihr Handlungskonzept zum Lehrkräftemangel, das mit Abordnungen z. B. für „verbesserte Ressourcensteuerung“ sorgen soll.

Auf die Frage nach der Umsetzung eines ausgewogenen Mixes von Verhaltens- und Verhältnispräventionsmaßnahmen wird in diesem Bericht nicht eingegangen.



<https://kurzelinks.de/5r6o>



## Bericht: Schaffung von Ausbildungsplätzen Sozial- und Erziehungsdienst

Die Landesregierung berichtet, auf Bitte der SPD-Fraktion im Landtag, zum Thema Schaffung von Ausbildungsplätzen für den Sozial- und Erziehungsdienst u. a. von ihrer Fachkräfteoffensive. Die GEW begleitet den Prozess gespannt, denn der Fachkräftemangel im Bereich des Sozial- und Erziehungsdienstes wird immer eklatanter.

Deshalb fordert die GEW auch kurzfristige Lösungen.

Hier geht's zum Bericht:



<https://kurzelinks.de/fnar>



## Tarifverträge als Garant für bessere Arbeitsbedingungen

Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung hat in seiner neuen Studie wieder die Tarifbindung der Bundesländer verglichen. Hierbei belegt NRW den 6. Platz. Die Autor\*innen machen deutlich: Ohne Tarifvertrag verdienen Beschäftigte im Schnitt 11 Prozent weniger und müssen wöchentlich fast eine Stunde mehr arbeiten.

Auch viele Beschäftigte im Organisationsbereich der GEW NRW – bspw. Erzieher\*innen – arbeiten bei nicht-tarifgebundenen Trägern oder Unternehmen. Ein Unding: Bei der Wahrnehmung staatlich verbriefter Rechte (wie das Recht auf Bildung), darf der Staat durch mangelhafte Finanzierung via Kinderbildungsgesetz (Kibiz) nicht Tariffucht Vorschub leisten.



<https://kurzelinks.de/r3nu>



## Telekomstudie zur Lehrer\*innenarbeitszeit

Eine Studie der Telekomstiftung macht das riesige Ausmaß der Arbeit deutlich, die Lehrkräfte jenseits des Unterrichts täglich zu erbringen haben. Sie beziffern die geleisteten Stunden auf im Schnitt rund 50 Stunden pro Woche und schlagen ein anderes Arbeitszeitmodell jenseits des Deputatmodells vor. In der umfassenden Studie (im Link die Zusammenfassung) wird oft die GEW zitiert. Die Forscher folgern: „Das deutsche Pflichtstundenmodell ist ineffizient, ungerecht, unflexibel und fördert Mehrarbeit und Überlastung.“

Die GEW nennt das eine „treffende Analyse“, merkt aber an: „Es reicht nicht, die Verantwortung für die Arbeitszeit der Lehrkräfte an die Einzelschule zu delegieren, ohne zusätzliche Ressourcen ins System Schule zu geben. Dies führt zwangsläufig zu Mangelverwaltung und Unzufriedenheit der Lehrkräfte“, so der GEW-Tarifexperte Merbitz. Genau an dieser Frage seien in den 1990er- und frühen 2000er-Jahren alle Modellversuche mit alternativen Arbeitszeitmodellen gescheitert. Die Studie unterstreicht das, was die GEW NRW seit vielen Jahren immer wieder deutlich macht:

Die Belastung von Lehrkräften ist viel zu hoch – und leider ist der Unterricht viel zu häufig „Nebensache“. Es braucht Entlastungen aller Orten – und eben auch, dass Politik ehrlich dem Ausmaß der Überstunden und Mehrarbeit ins Gesicht sieht.

<https://kurzelinks.de/z615>



## Urteil zum Dienstunfallrecht bei psychischer Belastung

Die DGB Rechtsschutz GmbH hat erfolgreich für einen Polizeibeamten beim Verwaltungsgericht Bremen erstritten, dass auch bei einer möglichen späteren psychischen Belastungsstörung ein Dienstunfall aufgrund eines traumatischen Erlebnisses im Dienst eintreten kann. Auch für diesen Fall muss dann der Vorgesetzte einen Dienstunfallbericht anfertigen.

„Für die Praxis bedeutet diese Entscheidung, dass Unfälle, die psychische Leiden zur Folge haben können, nicht voreilig als Dienstunfall abgelehnt werden dürfen. Stattdessen muss der Dienstherr schriftlich bestätigen, dass sich der als Unfall gemeldete Vorfall in Ausübung des Dienstes ereignet hat, damit im Falle später eintretender psychischer Folgen entsprechende Unfallfürsorgeansprüche geltend gemacht werden können.“, so Gamze Wirth, Rechtsexpertin vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB).



<https://kurzelinks.de/ufiu>



## Arbeitszeit

Nach einem Beschluss des EuGH muss aufgrund des Arbeits- und Gesundheitsschutzes die Arbeitszeit erfasst werden. Für Landesbeschäftigte in Nordrhein-Westfalen gilt gemäß § 60 LBG (analog für Tarifbeschäftigte § 44 TV-L) die 41 Stunden Woche. Diese ist im Schuldienst auf die Unterrichtspflichtstundenzahl (BASS 11-11 Nr.1) zu übertragen.

Bei einer Unterrichtsverpflichtung von z. B. 28 Unterrichtseinheiten (UE), entspricht 1 UE etwa 88 Minuten. Dies bedeutet, dass neben den 45 Minuten Unterricht „nur“ noch 43 Minuten für Vor-, Nachbereitung, Elterngespräche, Konferenzen etc. zur Verfügung stehen.

Bereits ab einer Klassenstärke von 22 steht somit, wenn alle anderen Aufgaben ausgeblendet werden, für jedes Kind noch knapp je eine ganze Minute für Vorbereitung und Nachbereitung zur Verfügung. Die große Herausforderung in den kommenden Schuljahren besteht aufgrund der fehlenden Ressourcen darin, Prioritäten zu setzen. Selbst vermeintliche Pflichtaufgaben können nicht mehr sofort erledigt werden und müssen ggf. auf die Warteliste.

Die Regelungsverantwortung liegt nach Schulgesetz in den Schulen selbst. Hiernach haben im demokratischen Miteinander Schulleitung (§59) und Lehrerkonferenz (§68) Grundsätze zu entwickeln, die auch den Arbeits- und Gesundheitsschutz der Beschäftigten

Mein **GEWINN**  
Wochenplan



## GEW Bottrop thematisiert schwierige Situation in Kita und Schule

Anlässlich der 1. Mai-Demonstration verzichtete der DGB-Bottrop in diesem Jahr auf lange Reden.

Stattdessen stellten nach Statements der DGB-Vorsitzenden in Bottrop Suzann Dräther, des OB Bernd Tischler und der Mairednerin Dörte Schall (stellv. Vorsitzende der SPD NRW) Kolleg\*innen aus den Bereichen Bildung, Gesundheit und Energie die Probleme ihrer Tätigkeitsbereiche vor und stellten Fragen an die politisch Verantwortlichen. Für den Bereich Bildung traten Josef Moll und Claus Funke ans Mikrofon.

Josef Moll benannte als Probleme der Kitas die zu großen Gruppen mit der nicht möglichen individuellen Förderung einzelner Kinder, Notbetreuungen, wenn Erzieher\*innen wegen Überlastung krank werden. Er fragte Dörte Schall, welche Ideen diese zur Beseitigung der Kita-Missstände habe: Konsens bestand darin, dass es größerer Anstrengungen bedarf, um eine flächendeckende und gute Versorgung sicherstellen zu können. Bernd Tischler verwies auf die vergleichbar gute Situation in den Bottroper Kitas.

Claus Funke ging anschließend auf die schlechte Personalausstattung an vielen Schulen im Land und vor allem in der Em-

scher-Lippe-Region ein. Das führt u.a. dazu, dass Mehrarbeit, Arbeitsüberlastung, erhöhte Krankenstände an der Tagesordnung sind. Vor allem führt es dazu, dass der Berufsstand zunehmend unattraktiv wird. Auch das aktuelle Handlungskonzept des MSB fördert die Attraktivität des Arbeitsplatzes Schule nicht. Die SPD-Vertreterin bestätigte, dass man die Schulen besser bei ihrer wichtigen Arbeit unterstützen muss.

Die ungerechte Bezahlung für Beschäftigte an den Schulen, die als Quereinsteiger die Schulen maßgeblich unterstützen, aber von der überfälligen, mittlerweile beschlossenen, stufenweisen A13-Anpassung abgeschnitten bleiben, wurde von C. Funke des Weiteren kritisiert. Zu diesen Beschäftigten zählen u.a. Werkstattlehrkräfte an Berufskollegs, HSU-Lehrkräfte an Primar- und Sek.I-Schulen, Fachlehrer\*innen an Förderschulen, Sozialpädagog\*innen in der Schuleingangsphase oder auch viele entfristete Lehrkräfte. Dörte Schall wies darauf hin, dass eine gerechte Anpassung für gleiche Arbeit unbedingt erforderlich ist und dafür gekämpft werden muss.



Claus Funke

Im Bild: Josef Moll und Claus Funke

## DGB NRW: Ganztagsbetreuung ausbauen, Kommunen entschulden!

„Der Ganztag an NRW-Grundschulen muss konsequent weiter ausgebaut werden“, erklärt Anja Weber, Vorsitzende des DGB NRW. „Die Forderung des Städte- und Gemeindebundes NRW, das Recht auf eine Ganztagsbetreuung an Grundschulen auszusetzen, führt in die völlig falsche Richtung.“ Erstens sei der Ganztagsunterricht ein wichtiger Beitrag für mehr Chancengleichheit. „Es geht darum, möglichen Defiziten und sozialen Benachteiligungen früh entgegenzusteuern. Die jüngsten Schulleistungsstudien sind ein eindrucksvoller Beleg dafür, dass man hier nicht nachlassen darf.“

Zweitens seien mehr und bessere Ganztagsangebote wichtig, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu realisieren, so Weber weiter. „Eine verlässliche und gute Kinderbetreuung ist ein wichtiger Baustein, damit Frauen mehr arbeiten können.

Auch mit Blick auf den Fachkräftemangel müssen wir alles dafür tun, um die Rahmenbedingungen für Frauen zu verbessern.“

Weber plädiert aber auch dafür, die Hilferufe aus den Kommunen endlich ernst zu nehmen: „An einer finanziellen Entlastung der Kommunen geht kein Weg vorbei. Wir brauchen endlich einen Altschuldenfond, um die Handlungsfähigkeit der Kommunen in NRW wieder herzustellen. Hier muss die Landesregierung endlich aktiv werden!“

<https://kurzelinks.de/du29>



Sie möchten Mitglied bei der Gewerkschaft  
Erziehung und Wissenschaft werden?

Das ist eine gute Entscheidung!

### Impressum

#### Herausgeber:

GEW-Stadtverband Gelsenkirchen  
Essener Straße 88, 45899 Gelsenkirchen

**Redaktion:** Lothar Jacksteit  
Verantwortlich i.S.d.P.

#### GEW-Geschäftsstelle:

Essener Str. 88, 45899 Gelsenkirchen

**Tel.:** 0209 513759 **Fax:** 0209 514207

**Homepage:** [www.gew-gelsenkirchen.de](http://www.gew-gelsenkirchen.de)

**E-Mail:** [gew-ge@gmx.de](mailto:gew-ge@gmx.de)

Antrag auf Mitgliedschaft im Netz unter  
[www.gew.de/Mitgliedsantrag.html](http://www.gew.de/Mitgliedsantrag.html) oder  
in unserer GEW-Geschäftsstelle

**GEW**

### Öffnungszeiten:

Montag bis Donnerstag  
11:00 - 13:00 Uhr

Druck: Firma Blömeke SRS GmbH  
Auflage: 1000 Exemplare